

*„Die erste GroKo machte die SPD zur Regierungspartei, die zweite markierte den Beginn ihres Niedergangs und die dritte half ihr nicht auf“. (G. Neugebauer)*

## **Die SPD im Herbst 2017 nach ihrer bitteren Niederlage**

### **Opposition ist Pflicht**

Die SPD hat in einem schwierigen Umfeld und bei einer schwierigen Ausgangslage für den gesellschaftlichen Wechsel gekämpft und ist zweitstärkste Kraft im neuen Bundestag geworden.

Wir danken allen denen, die uns gewählt haben und allen, die einen engagierten Wahlkampf für die SPD gemacht haben.

### **Kein „Weiter so“**

Die große Koalition wurde abgewählt. Noch stärker als die SPD hat Angela Merkel und ihre CDU an Zustimmung verloren. Ein „Weiter so“ in der Großen Koalition diskreditiert unseren Einsatz für mehr Gerechtigkeit und würde die AfD zur größten Oppositionspartei machen. Beides können wir als SPD nicht wollen.

Wir müssen in den nächsten vier Jahren dafür arbeiten, unsere Ideen für den Wechsel hin zu einer gerechteren und solidarischen Gesellschaft weiterzuentwickeln und auch personell glaubwürdig vertreten zu können.

### **Das heißt konkret:**

1. Eine große Koalition lehnen wir auch im Falle drohender Neuwahlen ab. Die SPD muss jetzt Verantwortung in der Opposition übernehmen. Die AfD darf nicht die größte Oppositionspartei im Bundestag sein.
2. Wir müssen die SPD aus der Opposition heraus neu aufstellen. Nach drei verlorenen Bundestagswahlen in Folge muss die inhaltliche Linie und das Führungspersonal von Partei und Fraktion grundsätzlich auf den Prüfstand. Die Schuld für das Wahlergebnis bei einzelnen zu suchen, würde zu kurz greifen. Die SPD braucht den Mut zu einem glaubwürdigen inhaltlichen und personellen Neuanfang. Die Aufgabe der SPD ist es, jetzt eine Programmatik für den Wechsel hin zu einer gerechteren und solidarischen Gesellschaft zu erarbeiten und für diese Programmatik linke Bündnisoptionen mit Machtperspektive zu finden. Dazu soll die Berliner SPD einen Antrag auf dem Bundesparteitag einbringen.

3. Bei der Entwicklung von Machtperspektiven hat die Berliner SPD eine besondere Verantwortung, da wir in der Praxis beweisen können und müssen, dass eine rot-rotgrüne Koalition unter Führung der SPD für mehr Gerechtigkeit und Teilhabe sorgt. Das sehr schlechte Ergebnis für die Berliner SPD – unter dem Bundesergebnis und nur auf dem dritten Platz in Berlin – stellt uns vor die Aufgabe, auch landesspezifische Einflussfaktoren zu analysieren. Dazu werden wir in einem Landesvorstand auswerten, was aus dem Analysepapier nach der Abgeordnetenhauswahl noch umgesetzt werden muss.

Berlin, 25.09.2017